

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelsbain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Threna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—, jährlich Mk. 18.—**
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 0.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4-spaltige Zeile Mk. 1.50, Reklameweile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verlag: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götze & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 80

Freitag, den 8. Juli 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Verkauf von Heeresgut.

Der landwirtschaftliche Kreisverein Leipzig hat wiederum größere Vorräte an Heeresgut an landwirtschaftliche Betriebe preiswert abzugeben. Das Verzeichnis der Gegenstände kann im Meldeamt, Rathaus Eingang Lange Straße, Zimmer 13 eingesehen werden. Die Gegenstände lagern in Leipzig, Köcherstraße 13 II. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht.

Naunhof, am 5. Juli 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Wahrung des deutschen Selbsthutes in Oberschlesien, der am 5. Juli das gesamte Gebiet geräumt hat, wird von Brion durch General Hoeler geleitet. Der Auslöschungsbeleg ist bereits ergangen.
- In das Arbeitszimmer des Präsidenten der Republik Peru, Legua, wurde von einem vorbeifahrenden Automobil aus eine Bombe geworfen. Der Präsident war jedoch nicht anwesend.
- Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanischen Truppen bei Komatsubara in Ostchina von Volkswehren überfallen wurden. Es kam zu heftigen Kämpfen. Die Volkswehren haben die Stadt Ochof besetzt.
- Die Rumänen sollen im Anmarsch auf Konstantinopel sein. In den Kreisen der Weltmächte regt man an, den Rumänen die Verteilung Konstantinopels zu übertragen.
- Nach London wird die Nachricht verbreitet, in Rußland sei für den nächsten Monat ein neuer weicher Aufstand zu erwarten. Die Führer erbitterten Frankreichs und Amerikas Unterstützung.
- Das spanische Ministerium hat dem König seinen Rücktritt infolge Unstimmigkeiten in der Wiederherstellung nach den Erschütterungen durch die Kriegereignisse unterbreitet. Der König sprach dem Rücktritt seine Zustimmung aus.
- Zwei Berichte aus Brüssel ist das griechische Heer, das den vorrücken Fronten besetzt hielt, zerstreut.

Schlussdienst.

Drachnachrichten vom 7. Juli.

Ministerberatungen über die Ernährung.
Berlin. Auf der Tagesordnung der nächsten Konferenz der Ernährungsminister, die am 8. Juli in Stuttgart stattfindet, steht an erster Stelle die Runkelrübenfrage. Weiterhin wird sich die Konferenz mit der Ausdehnung der Bestimmungen über den Erlaubnisbesitz beim Handel mit Lebens- und Futtermitteln sowie endlich über die Zuckerverwaltung beschäftigen.

Die Fürsorgeerziehung im Reichstagsausschuß.
Berlin. Im Reichstagsausschuß zur Vorbereitung des Reichstagsbeschlusses über die Fürsorgeerziehung wurden die Vorarbeiten behandelt, die die Schulpflicht und Fürsorgeerziehung regeln. Es wurde beschlossen, die Einleitung der Fürsorgeerziehung bis zum 30. Lebensjahre zu zulassen.

Katholische und protestantische Vertretungen im Osten.
Berlin. Im Reichstagsausschuß des Preussischen Landtages wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der die Errichtung einer katholischen Delegation für die Grenzmark zum Gegenstand hat und die katholische Bevölkerung der Grenzmark zum Einfluß des polnischen Erzbischofs von Gnesen-Polen entziehen soll. Von demokratischer Seite wurde beantragt, auch für die evangelische Bevölkerung der Grenzmark einen besonderen Provinzial-Synodalverband zu gründen, um auch die Wünsche der deutsch-evangelischen Bevölkerung nach einem eigenen kirchlichen Leben zu erfüllen. Der Antrag wurde angenommen.

Verurteilung des Schwurgerichtes.
Karlsruhe. Das Schwurgericht hat das Urteil gegen die Holzschleifer Freies und eingelesen. Die Angeklagten hatten Ausfuhrbewilligungen des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr gefälscht und mit deren Hilfe etwa 50 000 Kubikmeter Holz im Werte von 3 850 000 holländischen Gulden nach Rotterdam verschoben. Ein Angeklagter wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, fünf Angeklagte zu sechs Monaten bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Angedachte Verhaftung Trozki.
Warschau. Der „Korob“ veröffentlicht ein Extrablatt, worin es heißt: Einem Telegramm aus Helsinki zufolge wurde Trozki in Moskau verhaftet und der Fremde besetzt. Verantwortung gab der selbstherrliche Drang Trozki. (Eine Bestätigung der Meldung des polnischen Blattes von anderer Seite liegt nicht vor.)

Spanische Kämpfe mit Kalfall.
London. Aus Langer wird gemeldet, daß die spanischen Streitkräfte den Stützpunkt Kalfall in dem Gebiete von Beni Trok, 4 Meilen von Langer, zu umzingeln suchten. Kalfall, der ein bedeutendes Dörfchen aufgebracht habe, leistete energischen Widerstand. Die Spanier hätten nach amtlichen Meldungen in der vergangenen Woche bei einem einzigen Zusammenstoß neun Offiziere und achtzig Mann an Toten und Verwundeten verloren.

Internationale Arbeitsübertragungen.
Stockholm. Die Mitglieder des Internationalen Arbeitsbüros trafen hier ein. Auf die Einladung der schwedischen Regierung sind außer Deutschland, Frankreich, England, Belgien, die Schweiz, Italien, Spanien, Polen, Japan und Dänemark vertreten. Die deutschen Vertreter sind der Gewerkschaftsführer Leipzig, Ministerialrat Ledermann, Regierungsrat Rüttig.

Die Türksifizierung Deutschlands

Nachdem die Türkei im Jahre 1876 einen Staatsbankrott erlitten hatte, wurde einige Jahre später aus Anlaß der andauernden finanziellen Verwirrung im osmanischen Reich eine internationale Finanzkontrolle in Konstantinopel eingerichtet, die bis zum Beginn des Krieges bestand und eine Quelle fortwährender Reibungen bildete. Angesichts der Verlotterung des damaligen türkischen Staatswesens war die Aufrechterhaltung dieser sogenannten „Kapitulationen“ jedoch eine Notwendigkeit, denn wenn die europäischen Staaten nicht selbst die wichtigsten Einnahmequellen der Türkei, besonders die Zölle unter ihrer Aufsicht gehabt hätten, wäre keinerlei Aufsicht auf eine auch nur teilweise Rückerstattung der für damalige Zeiten ungewöhnlich hohen türkischen Staatsschulden vorhanden gewesen. Das System der Beaufsichtigung von Staatseinnahmen stellt aber selbstverständlich einen schweren Eingriff in die innere Verwaltung und damit in die Staatshoheit eines Landes dar und ist infolgedessen nur im Falle der unumgänglichen Notwendigkeit zu rechtfertigen. Wenn man daher von Seiten der Entente jetzt daran gehen will, die gleichen Methoden gegen Deutschland anzuwenden, so muß dagegen der schärfste Einspruch erhoben werden. Deutschland hat trotz seines schweren Zusammenbruchs so viel Kraft und Fähigkeit zum Wiederaufblühen und so viel guten Willen zur Abtragung der übernommenen Verpflichtungen bewiesen, daß vor allem bereits so bedeutende Zahlungen an die Verbandsstaaten geleistet, daß nicht die geringste Ursache zu der Befürchtung besteht, daß es künftig in der Erfüllung seiner finanziellen Aufgaben in Rückstand kommen würde, wenn man ihm nicht Kontrollreue in seine wichtigsten Ämter setzt, die darüber wachen sollen, daß auch wirklich jede Staatseinnahme in erster Linie für die Bezahlung der feindlichen Forderungen benötigt wird. Ein solches Vorgehen kann nur dazu führen, daß das Verantwortungsgefühl untergraben und der Wille zum Aufstieg, der bei uns so nun einmal über den Versuch zur Erfüllung des Ultimatums geht, gelähmt wird. Deutschland darf nicht dulden, daß es „türksifiziert“ wird, denn die inneren Verhältnisse des starken und leistungsfähigen 60-Millionen-Volkes, das nach wie vor ein unentbehrlicher Faktor in der Weltwirtschaft ist, können in keiner Weise mit den Zuständen des Verfalls verglichen werden, die vor dem Kriege in der alten Türkei herrschten.

Die neuesten Beschlüsse des seit dem Londoner Ultimatum einberufenen „Garantiekomitees“, einer Unterabteilung der großen Reparationskommission, scheitern aber tatsächlich auf eine solche „Türksifizierung“ Deutschlands hinauszuweisen. Wie jetzt auf dem Umwege über England bekannt wird, ist die Aufgabe dieser Kommission tatsächlich nichts anderes, als eine vollständige Oberaufsicht über die deutsche Verwaltung auf dem Gebiet der Finanzen und der Zölle. An der Spitze der Zollabteilung wird ein statischer Beamter stehen mit dem Aufenthaltsort in Berlin. Er hat einen Stab von Beamten bei sich mit dem Recht zur Inspektion aller Zollämter und zur Rückprüfung der Einnahmen, die bei der deutschen Zentralverwaltung einlaufen. An der Spitze der Finanzabteilung wird sich — immer nach den Mitteilungen der „Times“ — ein Fachmann befinden, dessen Aufgabe es sein wird, die gesamte Verwaltung im ganzen zu überwachen. Diese Beamten sollen mit einer weitgehenden Vollmacht versehen werden.

Die Kommission hat bereits getrennte Finanzentwürfe für das Jahr 1921/1922 einerseits und für die folgenden Jahre andererseits aufgestellt. Die diesjährigen Zahlungen betragen 2 Milliarden Goldmark, zahlbar in vier Vierteljahreszahlungen von je 500 Millionen Goldmark und ebenso vierteljährliche Zahlungen auf Grund der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe. Die Ablieferungen an Waren werden für dieses Jahr auf 1200 Millionen Goldmark angesetzt, der Zollertrag auf 200 Millionen Goldmark, während die 26 prozentige Ausfuhrabgabe 1100 Millionen Goldmark erreichen dürfte. Der Gesamtbetrag, den Deutschland mit Ende des am 30. April 1922 beendigten Rechnungsjahres zu leisten hat, beläuft sich auf 2 Milliarden 650 Millionen Goldmark. Hiervon sind 2 Milliarden 350 Millionen Goldmark bereits in Sicht (in sight). 300 Millionen Goldmark müßten also noch aufgebracht werden. Das soll durch bereits vorbereitete neue Steuern geschehen.

Für die Zukunft, so meint die Kommission, kann der Betrag der deutschen Zahlungen nur schätzungsweise ins Auge gefaßt werden. Die Kommission nimmt aber an, daß er 1300 Millionen Goldmark betragen wird. Mit den festen Jahreszahlungen von 2 Milliarden Goldmark ergibt sich eine Summe von 3300 Millionen Goldmark. Die „in Sicht“ stehenden Einkünfte, zusammengesetzt aus Zölleinnahmen, der 26-prozentigen Abgabe, den Zolleinkünften usw. bleiben um 650 Millionen Goldmark hinter dem Betrag von 3300 Millionen zurück. Diese 650 Millionen sollen nun nach der Absicht der Kommission durch Steuern auf Dividenden, Zucker, Tabak, Branntwein, Kohle und die Umsatzsteuer aufgebracht werden. Die deutsche Schätzung dieser Erträge beträgt 1650 Millionen Goldmark, und die Garantiekommission schlägt nun vor, 50 Prozent der Einkünfte zur Zahlung von Reparationsleistungen vorzumerken.

Die Garantiekommission hat den Plan, immer zwei Monate voraus den Betrag der Vierteljahresabzahlungen zu

bestimmen, der nach den drei vorangegangenen Monaten berechnet wird. Die Zolleinnahmen, die eine der „Hauptgarantien“ bilden, sollen jeden Monat bei Banken, die von der Kommission zu bestimmen sind, eingezahlt werden.

Man sieht diesem Projekt auf den ersten Blick an, daß es ohne jede Rücksicht auf den inneren Finanzbedarf Deutschlands entworfen ist und nichts anderes als einen Versuch bedeutet, Deutschland trotz seines fast über unsere Kraft hinausgehenden guten Willens zur freiwilligen Leistung neuer Fesseln anzulegen. Man kann übrigens annehmen, daß auch hier nichts so heiß gegessen wie gelocht wird.

Die Teilung Oberschlesiens.

Deuthen eingeschlossen und gesperrt.

In Paris soll man nun auch den Plan auf eine nur einseitige Lösung der oberschlesischen Frage aufgeben haben und eine endgültige Regelung durch den Obersten Rat für notwendig halten. Die nächste und entscheidende Sitzung des Obersten Rates soll nunmehr nicht in Brüssel stattfinden. Vielmehr werde man in Brüssel zusammenzutreten, um dort über Oberschlesien und die Märzantizipationen zu beraten.

Gindenburg, Königshütte und Rattowitz deutsch?

Als endgültig beseitigt betrachtet man in Paris angeblich die Teilungslinie des französischen Oberkommissars General Le Rond.

Die neue von Frankreich befürwortete Linie bedeute sich im wesentlichen mit der sogenannten zweiten Linie des Grafen Forza. Diese würde Gindenburg, Königshütte und die Stadt Rattowitz bei Deutschland belassen.

Frankreich werde nun auf der Lage des Obersten Rates eine derartige Lösung vorschlagen, falls nicht bis zur Konferenz Ereignisse eintreten, welche die Beschlüsse in letzter Stunde nach anderer Richtung ablenken.

Zwei Drittel an Deutschland, eines an Polen.

Auch in Berliner Ententekreisen wird behauptet, daß die Entscheidung über Oberschlesien nahe bevorstehe und daß über die Grundlagen der beabsichtigten Teilung bereits Einigkeit erzielt sei. Danach sollen vom gesamten Abstimmungsgebiet etwa zwei Drittel an Deutschland und ein Drittel an Polen kommen. Die Kreise Döpn, Kreuzburg, Rosenberg, Rattow, Lublitz, Oberlogau, Cosel, Leobschütz, Groß-Strehlitz, Königshütte, Gindenburg, Gleiwitz und Stadt Rattowitz sollen deutsch bleiben, während die Kreise Pleß, Rybnitz, Rattowitz-Land, Beuthen und Tarnowitz polnisch werden sollen. Bei dieser Regelung würden nicht weniger als drei Viertel des Industriegebietes von Deutschland losgerissen.

Man behauptet in den erwähnten Ententekreisen, daß die Teilung des gesamten Gebietes im Verhältnis der Einwohnerzahl von 1 : 2 ungefähr dem Abstimmungsergebnis entsprechen und sogar noch zugunsten Deutschlands ausfalle, verschweigt aber, daß die unerhörte Zerstückelung des Industriegebietes nicht nur dem Abstimmungsergebnis geradezu zuwiderläuft, denn bekanntlich haben alle großen Industriegebiete starke deutsche Mehrheiten gehabt, sondern auch einen Eingriff in die wirtschaftlichen Zusammenhänge bedeutet, der geradezu vernichtend wirken muß und der Deutschland seiner wichtigsten und wertvollsten Quellen beraubt, aus denen uns erst die Mittel zur Leistung unserer Reparationsverpflichtungen fließen sollen. Daß man sich auf Seiten der Entente stillschweigend dieses Umstandes bewußt ist, beweist die weitere Vereinbarung, daß Beratungen über eine Entscheidung über die Teilung des oberschlesischen Industriegebietes bis auf weiteres an Deutschland liefern und einen kleinen Anteil der deutschen Reparationslasten übernehmen soll. Auch darüber ist man sich klar, daß die Gefahr besteht, daß Industriegebiet unter polnischer Herrschaft bald in schweren wirtschaftlichen Verfall geraten. Deshalb behalten sich die Alliierten eine Kontrolle in den an Polen abzutretenden oberschlesischen Gebieten vor, und sie beabsichtigen sogar, falls es sich als nötig erweisen sollte, diese Gebiete in eigener Verwaltung zu übernehmen.

Französische Gewalttätigkeit in Beuthen.

Die deutschen Parteilöhner und Gewerkschaftsführer beschlossen Dienstag einen Aufruf, der zur Ruhe und Besonnenheit mahnt und Bedauern über die Vorfälle ausdrückt. Ferner sollte sich ein Verrückter aus dem französischen Kreiskontrollleur begeben, um Vorstellungen gegen die Sperrung des Straßenverkehrs und die Verhaftung von Geiseln zu erheben. Bevor jedoch der gewählte Verrückter sich zum Kreiskontrollleur begeben konnte, wurden die Herren verhaftet. Ferner sind verhaftet außer dem Ersten Bürgermeister Stadtrat Rasperowitz, Polizeidirektor Bender, Bergassessor Bloch als Ersatz für den verschundenen Vater, Stadtrat Krüger, Gymnasialdirektor Flaschel, Stadtrat Trappe, Oberstaatsanwalt Kortow. Mehrere der als Geiseln festgenommenen waren nicht mehr aufzufinden.

Die Stadt ist nach wie vor von französischen Soldaten umstellt und jeglicher Zu- und Ausgang verboten. Der Zugverkehr ist vollkommen eingestellt. Die Straßenbahnen des Industriegebietes verkehren nur bis an die Grenzen der Vorstädte heran.

Waffen nicht
das Reich durch
vom 4. bis
ein Finanzge
für ein Bild
für die aus-

tion. In Ver
woche mit einer
über auf dem
Kinder hatten
er versammelt
werten die kom
re reaktionäre
nicht an den
zu glauben.

ernstlich. Das
(Der Staaten)
tündlichen Ver
der Frau des
Ihr Geld und
von Dollar, die
orden waren,
Geburt Ameri-

Der russische
den Besieger
im Kampf um
t. Die beiden
arten gespielt,
während die

mer Sabotage
nämlichen Zer
gehört. Zwei
den wird auf

Gate in Naunhof

8 Uhr
Stern

id

erin

Abtner.

al-Saens,
Reger.

umeriert
20 Ma.

Stern

S.P.

scheller

mmlung

Steuern.

ma.

ist Pflicht jedes

en. König, Vorj.

u?

ist das

tenverfä-

zu tätet,

gemischen

r-Defau

itten und

Neberall

baueind

rt zur

en.

rie.

ieinberg.

iege u.

ninchen

ph, Waldstr. 22.

SLUB
Wir führen Wissen.